



Für DIE LINKE sind noch viele Fragen offen

Steffen Dittes: „Keine vorbehaltlose Zustimmung für gemeinsames TKÜ-Zentrum“

Derzeit befindet sich der Entwurf für einen Staatsvertrag der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zur Einrichtung eines gemeinsamen Zentrums für die Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) in der Abstimmung zwischen den Landesregierungen. Das Zentrum soll 2019 in Betrieb gehen und seinen Hauptsitz in Leipzig haben.

Die Befassung im Thüringer Landtag ist vor der Sommerpause vorgesehen. Das Parlament muss dann darüber entscheiden, ob sich der Freistaat Thüringen an dem geplanten Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum beteiligen wird.

„Auch wenn der Staatsvertrag und ein gemeinsames Zentrum zur Telekommunikationsüberwachung keine neuen Befugnisse schaffen werden, sondern wie schon in der Vergangenheit auch in der Zukunft die Aufzeichnung von Kommunikationsinhalten auf der Grundlage der Strafprozessordnung und des Polizeirechts der einzelnen Länder erfolgt, sehen wir die Einrichtung solcher technischen Zentren grundsätzlich skeptisch“, fasste der innenpolitische Sprecher Steffen Dittes den gegenwärtigen Diskussionsstand in der Linksfraktion zusammen.

Es sei in den vergangenen Jahren immer wieder zu beobachten gewesen, dass „neu geschaffene technische Möglichkeiten Begehrlichkeiten nach immer weiter in Grundrechte eingrei-

fende Befugnisse hervorrufen sowie Rechtsgrundlagen in ihrer Anwendbarkeit auf neue technische Möglichkeiten entgegen der ursprünglichen Regelungsabsicht ausgedehnt werden“.

Für die Fraktion DIE LINKE sind derzeit auch noch viele Fragen im Zusammenhang mit der Realisierung des gemeinsamen Zentrums offen. Diese müssten aber zwingend vor der Ratifizierung des Staatsvertrages beantwortet und geklärt werden.

Unbefugte dürfen keinen Zugriff haben auf die Kommunikationsinhalte

„Offen ist beispielsweise, wie die parlamentarische Kontrolle des TKÜ-Zentrums durch die einzelnen Bundesländer in der beabsichtigten Anstalt sichergestellt wird. Dies gilt ebenso für die datenschutzrechtliche Kontrolle durch die jeweiligen Landesdatenschutzbeauftragten sowie für die technische Sicherheit bei Speicherung und Übermittlung der erhobenen Daten“, sagte Steffen Dittes. Auch die Umsetzung der bundesverfassungsrechtlichen Rechtsprechung zur Realisierung des Schutzes des unantastbaren Kernbereichs privater Lebensgestaltung werfe noch Fragen auf.

Ein Schwerpunkt der weiteren Beratung wird für DIE LINKE sein, wie durch die avisierte technische Zusammenführung auch zukünftig sichergestellt bleibt, dass ein Datenabfluss zwischen den beteiligten Ländern ausgeschlos-

sen ist und unterschiedliche Rechtsvoraussetzungen für die Aufzeichnung von Kommunikationsinhalten im sich unterscheidenden Polizeirecht der Länder auch in der praktischen Anwendung eingehalten werden.

Es muss, so Steffen Dittes, ausgeschlossen sein, dass Unbefugte, beispielsweise nicht befugte Bedienstete anderer Bundesländer, Zugriff auf oder Kenntnis von Kommunikationsinhalten haben, wenn diese selbst nicht für die TKÜ-Maßnahme verantwortlich sind.

„Einer technischen Zusammenführung von TKÜ-Maßnahmen nach der Strafprozessordnung und den Polizeiaufgabengesetzen der Bundesländer kann durch DIE LINKE grundsätzlich nur dann zugestimmt werden, wenn sichergestellt ist, dass durch das gemeinsame Zentrum keine erweiterten Befugnisse zur Aufzeichnung von Telekommunikationsinhalten weder rechtlich noch praktisch ‚geboren‘ werden. Es müssen eine parlamentarische Kontrolle erfolgen, eine Vermischung von ‚Länderdaten‘ ausgeschlossen sein, die Landesdatenschutzbeauftragten jederzeit weitgehende Kontrollrechte aufgrund der jeweiligen Landesdatenschutzgesetze haben und der technische Datenschutz garantiert sein. Somit darf sich die technische Umsetzung von rechtlich zulässigen Maßnahmen in einem gemeinsamen TKÜ-Zentrum nicht von der Realisierung in einem landeseigenen TKÜ-Zentrum wie gegenwärtig unterscheiden“, erklärte der LINKE-Politiker. ■

KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

Stiftungsuniversität

Derzeit prüft Thüringens größte Hochschule, die Friedrich-Schiller-Universität (FSU) in Jena, die Umwandlung in eine Stiftungsuniversität. Es heißt, dass sie damit mehr Spielraum bei Investitions- und Personalentscheidungen bekommen wolle.

Ich halte ein solches Vorhaben für schlicht unnötig und ein politisch falsches Signal. Die Stärkung der Hochschulautonomie im Sinne von Forschung und Lehre und Änderungen bei den Kompetenzen in den Bereichen Bauen und Finanzen sollten stattdessen im Rahmen der anstehenden Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes für alle Hochschulen diskutiert werden.

Auch besteht breite Skepsis und teils auch entschiedene Ablehnung an der Jenaer Universität selbst. Studierendenvertreterinnen und -vertreter, Mittelbau und Personalrat sind von dem Vorhaben nach meiner Kenntnis nicht überzeugt. Auch viele Professorinnen und Professoren haben mehr Fragen als Antworten. Bei einer Diskussion an der Uni stellten selbst Vertreter bestehender Stiftungsuniversitäten die Vorteile einer Umwandlung in Frage. Spätestens als Prof. Dr. Steinberg, ehemaliger Präsident der Goethe-Universität Frankfurt und damit immerhin Vertreter der bedeutendsten Stiftungsuniversität in Deutschland, die mögliche Umwandlung als einen „symbolischen Schritt“ bezeichnete, war für die meisten Anwesenden nicht mehr nachvollziehbar, welchen Effekt sich das Präsidium der Schiller-Universität erhofft. Dies auch vor dem Hintergrund der erklärten Absicht, ganz unabhängig von einer möglichen Umwandlung Stiftungskapital anzuhäufen. Es bleibt also die Frage: Welchen Vorteil für Forschung und Lehre erhofft man sich durch eine Umwandlung?

Außerdem ist es ja so, dass es zwingend ein Errichtungsgesetz durch den Thüringer Landtag bräuchte, um die FSU Jena als Stiftungsuniversität zu etablieren. Für DIE LINKE ist eine Umwandlung der Friedrich-Schiller-Universität zur Stiftungsuniversität keine Option. Es besteht zudem die Gefahr, dass Forschung und Lehre durch das Modell der Stiftungsuniversität stärker von externen Interessen abhängig werden. Das Modell der Stiftungsuniversität widerspricht auch aus diesem Grund meinem Verständnis der Freiheit von Forschung und Lehre. ■

AKTUELL

Armutsprävention Thema im Thüringer Landtag

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland kommt den Reichen zugute, während die Armen leer ausgehen, so das öffentliche Fazit zu dem jetzt nach langen Hin und Her vom Bundeskabinett verabschiedeten Fünften Armuts- und Reichtumsbericht.

Während die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung laut dem Regierungsbericht fast 51,9 Prozent des Nettogesamtvermögens besitzen, kommt die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf ein Prozent. Und die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben 2015 real weniger verdient als Mitte der 90er Jahre.

„Dass der Bericht monatelang herausgezögert wurde, ist ein Skandal. Dass aus dem Bericht wesentliche Passagen herausgestrichen wurden,

ist ein Armutszeugnis für die Sozialpolitik des Bundes“, hatte Karola Stange, Sozialpolitikerin der Linksfraktion im Thüringer Landtag kritisiert.

Und der Armutsforscher Christoph Butterwegge, der für die LINKE zum Amt des Bundespräsidenten kandidiert hatte, sagte: „Nach den gesellschaftlichen, sozioökonomischen und politischen Ursachen der Einkommens- und Vermögensspreizung wird im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht gar nicht gefragt, wie auch Empfehlungen zu deren Beseitigung fehlen.“

Welche Auswirkungen die Bundespolitik hat, wird auch an den Zahlen, die für Thüringen vorliegen, deutlich: Mehr als 350.000 Menschen leben an oder unterhalb der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Erwerbslose, Alleinerziehende und Rentner.

„Angesichts dieser Entwicklung zeigt sich, wie wichtig es ist, gegenzusteuern“, betonte Karola Stange mit Blick auf die Arbeitsmarktprogramme, die die rot-rot-grüne Landesregierung auf den Weg gebracht hat. „In Thüringen haben wir einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen – eine große Chance für langzeitarbeitslose Menschen“, unterstrich die Abgeordnete. Erst kürzlich machte sich die Landesregierung erneut im Bundesrat für Rentenangleichung und Verbesserung des Rentensystems stark.

In der nächsten Landtagssitzung wird ein Antrag der Koalitionsfraktionen zur Armutsprävention beraten, außerdem beabsichtigt die Landesregierung, zur Thematik eine Regierungserklärung zu geben. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Carius-Kommission: Bedenken bleiben

Nach der Pressekonferenz der Kommission zur Klärung der Manipulationsvorwürfe gegen Landtagsdirektorin Birgit Eberbach-Born („Carius-Kommission“) am 4. April hatte der LINKE-Abgeordnete Steffen Dittes erklärt: „Unsere Bedenken gegenüber der Kommission und insbesondere gegenüber dem Kommissionsmitglied Richard Dewes bleiben weiter bestehen. Schließlich soll Dewes die Zulässigkeit der Eingriffe durch die Landtagsdirektorin in den Entwurf der Klageerwidern des Innenausschusses zur Gebietsreform bewerten. Gleichzeitig tritt er aber als Prozessvertreter der Stadt Weimar in ihrer Verfassungsbeschwerde gegen das erste Gesetz zur Gebietsreform auf. Eine Befangenheit ist hier offenkundig.“ Der Innenausschuss hatte dem Ältestenrat einen konkreten Sachverhalt zur Prüfung und Bewertung übergeben. Landtagspräsident Christian Carius (CDU) versuche, sich durch die Einsetzung der Kommission der aktiven Klärung zu entziehen. „Parlament und Präsident können sich aber ihrer Verantwortung, die Vorgänge zu klären, nicht entziehen. Daher ist der Landtag in der Pflicht, selbst aktiv zu werden.“ ■

Gute Aufklärungsquote aufrechterhalten

Zur Polizeilichen Kriminalstatistik und Statistik „Politisch motivierte Kriminalität“

Kürzlich stellte der Thüringer Innenminister die neue Polizeiliche Kriminalstatistik sowie die Thüringer Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) vor, die erneut zu zwei Dritteln von politisch-motivierten Straftaten Rechts dominiert ist. Heraussticht ein seit fünf Jahren kontinuierlicher Anstieg rechter Gewaltstraftaten. Im letzten Jahr wuchsen allein die durch die Polizei erfassten Fälle um fast 40 Prozent an. Zugleich wurde 2016 wie schon im Vorjahr mehr als einmal jede Woche eine Flüchtlingsunterkunft attackiert.

„Daran wird deutlich, dass gerade von einem auf Ausgrenzung basierenden Denken und rassistischem Handeln eine konkrete Gefahr für in Thüringen lebende Menschen, insbesondere für Geflüchtete, ausgeht“, sagte der LINKE Innenpolitiker Steffen Dittes.

„Der Anteil der politisch links motivierten Gewaltkriminalität ist hingegen um 22 Prozent gesunken. Die Schiefelage mancher Diskussion zeigt sich auch daran, dass 99,5 Prozent der Widerstandsdelikte gegen Polizeibeamte in Thüringen nicht dem Bereich der PMK-Links zugeordnet werden.“

Insgesamt ist die Zahl der Straftaten um 6,4 Prozent gestiegen. Thüringen gehört aber weiterhin zu den sichersten Bundesländern und belegt mit der Aufklärungsquote einen Spitzenplatz. Die Statistik räumt auch eindrücklich mit den von der AfD geschürten Vorurteilen über angeblich besonders kriminelle Ausländer auf.

Anstieg der Rohheitsdelikte noch wirksamer begegnen

Zwar gab es einen Anstieg bei den Fallzahlen nichtdeutscher Tatverdächtiger. „Dieser muss aber im Kontext zum Anstieg nichtdeutscher Bevölkerung betrachtet werden und er gründet schwerpunktmäßig u.a. auf Auseinandersetzungen in Asylunterkünften. Rund 85 Prozent aller Tatverdächtigen in Thüringen sind deutscher Herkunft. Tatverdächtige mit Flüchtlingsstatus machen lediglich 6,88 Prozent aus“, so der Abgeordnete weiter.

Es sei erfreulich, dass nach dem deutlichen Anstieg der Wohnungseinbrüche im Vorjahr nunmehr ein Rückgang zu verzeichnen ist. Neben der Verbesserung der Aufklärungsquote zählt sich aber auch die Beratungstätigkeit durch die Polizei zum Umgang

mit Einbruchschutzvorrichtungen aus. Die Zahl der Einbrüche, die als Versuch beginnen und dann scheitern, steigt zunehmend und liegt jetzt bei 41,2 Prozent.

Steffen Dittes machte darauf aufmerksam, dass ab März 2017 der Mindestbetrag für Fördermaßnahmen bei Sicherheitstechnik im Eigenheim von 2000 Euro auf 500 Euro gesenkt wurde und der Staat nun bis zu 1.500 Euro an Mieter und Eigentümer zum Einbruchschutz zahlt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sollten diese Angebote ausschöpfen.

„Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik unterstreicht, wie notwendig die Struktur- und Personalentwicklungsdiskussion bei der Thüringer Polizei ist, um die gute Aufklärungsquote auch in den nächsten Jahren aufrecht zu erhalten. Die Zahlen zeigen, dass der Straftaten vorbeugende Ansatz noch weiter ausgebaut werden muss, auch um dem Anstieg der Rohheitsdelikte noch wirksamer zu begegnen. Das kann nicht nur Aufgabe der Polizei sein, es gilt einen konzeptionellen Gesamtansatz noch umfassender zu entwickeln“, so die Schlussfolgerungen des innenpolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE. ■

Abgeordnete fordern Konsequenzen in Eisenach

Angesichts der zunehmenden Bedrohungen, Sachbeschädigungen und Übergriffe durch Neonazis in den vergangenen Jahren in Eisenach haben die Landtagsabgeordneten aller demokratischen Parteien in der Stadt ein entschiedenes Vorgehen gegen diese Entwicklung gefordert.

In den vergangenen drei Jahren wurde die Neonazi-Szene in Eisenach immer größer und aggressiver. Im Zentrum steht dabei auch die Landesgeschäftsstelle der NPD in der Katharinenstraße. Wie eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Raymond Walk (CDU) bereits im August 2016 zeigte, ist damit ein „Treff- und Sammelplatz der rechtsextremistischen Szene“ in Eisenach und Umgebung entstanden. Es finden Vorträge von Holocaustleugnern und Antisemiten aber auch Rechtsrock-Konzerte statt.

Die kriminellen neonazistischen Jugendgruppen der Region haben hier ebenfalls einen Treffpunkt. Mit der „Nationalen Jugend Eisenach“ und der „Jugendoffensive Wartburgkreis“ sind in den vergangenen Monaten gleich zwei extrem rechte Jugendgruppen öffentlich in Erscheinung getreten. Diese sind dem Thüringer Innenministerium zufolge klar dem „neonazistischen Spektrum“ zuzuordnen und bereits durch zahlreiche Sachbeschädigungen, Bedrohungen und gewalttätige

Übergriffe in Erscheinung getreten. Bereits im Februar des letzten Jahres wurden die Wahlkreis- und Parteibüros von LINKE, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Wortlauten wie „Volksverräter“ oder „Zecken-Brut“ beschriftet.

Mittlerweile sind mehrere rechte Straftaten im Stadtgebiet polizeilich bekannt. Dazu gehört der aggressive Störversuch einer Veranstaltung am 30. März im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro „RosaLuxx.“ der Landtagsabgeordneten der Linksfraktion Kati Engel. Am Ende der Lesung mit dem Journalisten Sören Kohlhuber aus seinem aktuellen Buch „Retrofieber - Wenn Neonazis die ostdeutschen Straßen zurückerobern“ versuchten etwa zehn, zum Teil vermummte Neonazis die Veranstaltung anzugreifen. Dieses Vorkommnis ist nur ein Teil der aktuellen Geschehnisse, zeigt aber die bedrohliche Situation in Eisenach.

Die Thüringer Landtagsabgeordneten Raymond Walk (CDU), Matthias Hey (SPD), Kati Engel (DIE LINKE) und Madeleine Henfling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fordern deshalb ein konsequentes Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die neonazistische Szene in Eisenach und dem Wartburgkreis sowie die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure, welche sich den antidemokratischen Tendenzen entgegenstellen. ■



Einladung zur nächsten Mehr-Demokratie-Tagung

Am Donnerstag, den 8. Juni, voraussichtlich von 14 bis 19 Uhr, veranstalten im Erfurter Landtag die drei Koalitionsfraktionen LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ wie schon in den vergangenen Jahren wieder eine Demokratie-Tagung. Die „Ausgabe 2017“ steht unter dem Motto „Demokratie ist kein Sofa - Demokratie und Wahlen“. Die Themenpalette reicht von Ursachenforschung und -bekämpfung in Sachen „Wahlabstinz“ und (Nicht-) Mobilisierung von (Nicht-)Wählern, über das Problem des sozialen und rechtlichen Ausschlusses von bestimmten Bevölkerungsgruppen von Wahlen und der Unterrepräsentanz von Frauen in gewählten Gremien bis hin zur Diskussion konkreter - mehr oder weniger provokanter - Änderungsvorschläge für das Wahlrecht. Da geht es z.B. um die Einführung einer Wahlpflicht, die Möglichkeit, eine Enthaltungs- bzw. Proteststimme abzugeben oder die Personenauswahl durch Kumulieren und Panaschieren von Stimmen auch auf Landesebene stärker durch die Wählerinnen und Wähler beeinflussen zu lassen.

Es werden eine Reihe interessanter Referentinnen und Referenten auftreten. Geplant ist auch eine Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktionen von Rot-Rot-Grün. Wie schon bei den anderen Mehr-Demokratie-Tagungen sollen auch die Gäste in den Diskussionsabschnitten nach den Vorträgen bzw. verbunden mit der Podiumsdiskussion ausgiebig zu Wort kommen.

Weitere Informationen zur Veranstaltung (Themen, Referenten, Logistik) in einer der nächsten Ausgaben des Parlamentsreports. ■

„Mensch, mach dir ‘ne Rübe“

Veranstaltung der Koalitionsfraktionen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung

In Deutschland entstehen jedes Jahr bis zu 18 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle im Wert von circa 25 Milliarden Euro. Das heißt, jeder Bundesbürger wirft Jahr für Jahr durchschnittlich 80 Kilogramm Lebensmittel weg. Zwei Drittel davon sind vermeidbarer Lebensmittelmüll. 2015 haben sich 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet, bis 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene zu halbieren, unter ihnen auch die Bundesrepublik.

nicht aus. Es fehlt eine einheitliche Definition und Methodik zur Erfassung und Bewertung von Lebensmittelabfällen auf EU-Ebene und es fehlen Nachhaltigkeitsstrategien mit festgelegten Zielen, wie sie beispielsweise in Großbritannien zwischen Lebensmittelhandel und Politik bereits vereinbart wurden.“

Petra Müller von der Thüringer Verbraucherzentrale machte deutlich, dass Lebensmittelverschwendung oft nicht nur an fehlendem Problembewusstsein liegt, sondern hausgemacht ist: Wenn der Einzelhandel nur Lebensmittel in Verpackungen anbietet, die

den Handel. Insgesamt werden so über 750.000 Tonnen aussortiert. „Hier entsteht Lebensmittelabfall, noch bevor die Lebensmittel zu den Verbrauchern gelangen.“ Ihre Forderung an den Einzelhandel, die im Anschluss mit den Thüringer Einzelhandelsvertretern diskutiert wurden: Der Handel muss bereits mit den Erzeugern und Produzenten von Lebensmitteln überlegen, wie sich eine höhere Wertschätzung und Wertschöpfung von Lebensmitteln erreichen lässt.

Darum ging es auch zum Abschluss der Veranstaltung beim „Markt der Möglichkeiten“, wo an verschiedenen



Was heißt das konkret und was kann jeder einzelne Bürger gegen Lebensmittelverschwendung tun? Diese Frage hatten am Vorabend des Weltverbrauchertages unter dem Motto „Mensch, mach dir ‘ne Rübe!“ die verbraucherpolitischen Sprecherinnen von Rot-Rot-Grün im Landtag gemeinsam mit Fachexperten und Vertretern des Lebensmittelhandels diskutiert.

„An erster Stelle“, so die verbraucherpolitische Sprecherin der Linksfraktion Diana Skibbe (siehe Foto r.) „steht die Sensibilisierung der Verbraucher beim Einkauf und Verbrauch von Lebensmitteln. Hier reicht uns die 2015 von der Bundesregierung begonnene Kampagne ‚Zu gut für die Tonne‘

kleinen Haushalten nicht gerecht werden, oder die Preisgestaltung zu großen, aber billigeren Produkten greifen lässt, werden fast zwangsläufig Lebensmittel verschwendet. Ihr Fazit: Lebensmittelverschwendung ist auch ein Problem sozial ungerechter Preisgestaltung.

Tanja Dräger de Teran, Referentin für nachhaltige Landnutzung, Klimaschutz und Ernährung beim WWF Deutschland, erklärte, wie sinnvolle Handelsnormen und Wettbewerbsdruck im Einzelhandel Lebensmittelverschwendung verstärken: Selbst 35 Prozent der in Deutschland ökologisch angebauten Kartoffeln werden im Packbetrieb aussortiert und gelangen erst gar nicht in

Ständen sehr konkret gezeigt wurde, wie Lebensmittelabfall vermieden werden kann. Das reichte von der Präsentation des verpackungsfreien Ladens in Erfurt bis hin zu konkreten Tipps bereits für Kinder seitens der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, Sektion Thüringen. Herausragend für alle Anwesenden war aber hier das Angebot des Thüringer Landtages. Die Köche hatten aus den nicht verwerteten Lebensmitteln des aktuellen Kantinenbetriebs ein gesamtes Menü und Rezepte zusammengestellt, wie auch zu Hause aus scheinbarem Lebensmittelmüll köstliche Gerichte hergestellt werden können.

Jens Schley

Lehrerbildung

Zur einer Fachtagung mit dem Titel „Ein Berufsbild ändert sich – neue Anforderungen an die LehrerInnenbildung“ lädt die Fraktion DIE LINKE am Samstag, den 29. April, 10 bis 17 Uhr, in den Landtag, Raum F 101, ein. Im Rahmen von Vorträgen und Workshops soll u.a. diskutiert werden, wie ein modernes Thüringer Lehrerbildungsgesetz aussehen muss oder wie sich das Gesicht der Institution Schule verändert und mit ihm die Anforderungen an das Berufsbild Lehrer. Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, der sich auch Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag verschrieben hat.

Mehr unter: www.die-linke-thl.de

Kinderrechte

Nachdem vor 25 Jahren die UN-Kinderrechtskonvention für die Bundesrepublik in Kraft getreten ist forderte nun auch Bundesjustizminister Heiko Maas eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. „Dies ist nichts weiter als Wahlkampfgetöse. Herr Maas ist seit 2013 Mitglied im Kabinett von Frau Merkel. Er und seine Fraktion hätten in dieser Zeit längst die Kinderrechte im Grundgesetz verankern können“, kritisierte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel. Bereits 1989 hatten 191 Staaten der UNO die Kinderrechtskonvention unterschrieben. Sie fußt auf dem Recht auf Schutz, dem Recht auf Förderung der Entwicklung und dem Recht auf Beteiligung der Kinder.

Barrierefrei

„Menschen mit Behinderungen müssen einen ungehinderten und eigenständigen Zugang zu Informationen und Dokumenten haben“, unterstreicht Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, mit Blick auf die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention.

Das betreffe besonders die barrierefreie Kommunikation von öffentlichen Einrichtungen, z.B. über ihre Internetauftritte. In ihren Online-Angeboten könnten Dokumente auch in der Form der Leichten Sprache, in Brailleschrift und als Audiodatei eingestellt werden. Bei einer Online-Übertragung der Plenardebatten und bei öffentlichen Ausschusssitzungen sollten Gebärdensprachdolmetscher eingesetzt werden.

VON A BIS Z:

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Leiharbeiter ist in Thüringen gestiegen: Im Juni des vergangenen Jahres gab es landesweit 34.796 Leiharbeiter, 2015 waren es 34.007. „Die Schere zwischen hochqualifizierten und gut bezahlten Kernbelegschaften und den prekär Beschäftigten nimmt immer mehr zu“, so MdL Ina Leukefeld. Angesichts der bevorstehenden digitalen Revolution werden unzählige Arbeitsplätze wegfallen. „Darauf müssen wir uns einstellen und das sollte zu einer konsequenten Verkürzung von Arbeitszeit führen.“

Zudem begrüßte die Abgeordnete, was Frank Jürgen Weise sagte, der sich als Chef der Arbeitsagentur in den Ruhestand verabschiedet hatte. Auch er sprach sich für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt aus und er sagte: „Wir sollten Langzeitarbeitslose ohne Qualifikation, die auf dem normalen Jobmarkt keine Chance haben, nicht weiter in akademische Schulungsprogramme schicken, sondern einen staatlich subventionierten Arbeitsmarkt für sie schaffen. Wir bezahlen ihnen Arbeit, statt ihnen Hartz IV und die Wohnkosten zu zahlen.“

Ina Leukefeld kritisierte, dass für dieses sinnvolle Vorhaben die nötige Unterstützung durch den Bund fehlt. „Die Einstellung in Arbeit im Gemeinwohlbereich ist bezahlbar, wenn die Hartz-IV-Gelder nicht als Almosen zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, sondern als Lohn für freiwillige Arbeit. Dafür werden wir weiter streiten.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der Zeit vom 3. bis 5. Mai, vom 31. Mai bis 2. Juni sowie 21. bis 23. Juni.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Tag der offenen Tür:

Der Thüringer Landtag und die Fraktionen, bei der LINKEN wieder mit einem Café, laden ein zum Tag der offenen Tür am Sonnabend, den 17. Juni.

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Die Chancen der Freiwilligkeitsphase

„In rund 70 Prozent der Gemeinden in Thüringen finden konkrete Diskussionen zu Neustrukturierungen statt. Die Chancen, die die Freiwilligkeitsphase bietet, werden genutzt. Daran ändert auch die Blockadehaltung der CDU nichts“, so der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, der die CDU erneut aufforderte, ihre Verunsicherungskampagne zu beenden. Mit dem Vorschaltgesetz zur Gebietsreform wurden Kriterien für Neugliederungen beschlossen.

So sollen Gemeinden im Jahr 2035 mindestens 6.000 Einwohner haben, im Umfeld von Ober- und Mittelzentrum müsse durch Eingliederung dem Bedarf einer Vergrößerung Rechnung getragen werden und jede neue Gemeinde solle so strukturiert sein, dass sie die Funktion eines Zentralen Ortes übernehmen könne. Mit diesen Vorgaben werden unsinnige zum Teil noch durch die CDU vorgenommene Abwehrfusionen gegen Ober- und Mittelzentren verhindert. Der Linksfractionär appellierte erneut an die Gemeinden, die Freiwilligkeitsphase zu nutzen. Pro Einwohner werde vom Land eine Fusionsprämie von 100 Euro gezahlt. Zudem könnten notleidende Gemeinden, die in den Jahren 2014 bis 2016 Fehlbeträge im Haushalt hatten, Strukturbeihilfen erhalten. ■

Recht auf Sozialhilfe in Anspruch nehmen

Sozialhilfe wurde in den vergangenen Jahren häufig aufgrund von „zu viel“ Vermögen abgelehnt. „Betroffene sollten nun ihr Recht auf diese Sozialleistung neu in Anspruch nehmen“, sagt Karola Stange, Sozialpolitikerin der Linksfraction, und bezieht sich auf Neuregelungen beim Vermögensfreibetrag, der für den Bezug von Sozialhilfe bzw. Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung von 2.600 auf 5.000 Euro angehoben wurde. Diese Regelung gilt für alle Bezieher von Leistungen der Grundsicherung, wie Ehepartner von Sozialhilfeempfängern und minderjährige Kinder.

„Trotz der gestiegenen Vermögensfreigrenze bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung, dass eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro monatlich zur Verfügung stehen müsste. Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente“, so Karola Stange abschließend. ■

Zentrale Orte als Impulsgeber und Zugpferde

Ronald Hande in Plenardebatte: Gegen Kirchturmdenken, für zukunftsfähige Räume

Zum Thema „Demografische Entwicklung ernst nehmen. Zukunftsfähige Strukturen für Thüringen schaffen“ diskutierte der Thüringer Landtag in seiner März-Sitzung auf Antrag der SPD-Fraktion. Für die LINKE ergriff in der Debatte Ronald Hande, Sprecher für Landesentwicklung und Landesplanung, das Wort.

Zunächst hatte er der SPD gedankt, dass sie „mit dieser Aktuellen Stunde einmal mehr die Notwendigkeit einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform hervorhebt“. In diesem Sinne sollte auch die Vorlage des Demografieberichts 2016 durch Ministerin Birgit Keller verstanden werden, denn dieser „führt vor Augen, dass der demografische Wandel eben tatsächlich eine ressortübergreifende Aufgabe ist und auch so verstanden werden muss.

Lebten im Jahr 1990 noch 2,61 Millionen Menschen in Thüringen, so werden es 2035 nur noch knapp 1,9 Millionen Menschen sein. Dabei ist eines klar ersichtlich: Der demografische Wandel ist zwar unterschiedlich ausgeprägt, aber er trifft jede Region. Denn demografischer Wandel bedeutet tatsächlich mehr als sinkende Geburtenzahlen und eine älter werdende Gesellschaft“.

Strukturen den Lebenswirklichkeiten der Menschen anpassen

Darüber hinaus sei in Thüringen, so der Abgeordnete weiter, ein dauerhaft negativer Binnenwanderungssaldo zu beobachten. „Es kehren noch immer mehr Menschen unserem Freistaat den Rücken als neu hinzukommen. Das gilt insbesondere hinsichtlich unserer Nachbarländer Sachsen, Bayern und Hessen. Aber auch innerhalb unserer Landesgrenzen spielt die räumliche Bevölkerungsbewegung eine Rolle, zum Beispiel im Zuge der immer fortschreitenderen sogenannten Landflucht aufgrund infrastrukturell benachteiligter Regionen.

Nicht zuletzt vollziehe sich auch unabhängig von der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung ein Wandel aufgrund von vielfältigen Lebensentwürfen. Dies führe tendenziell zu mehr Singlehaushalten und weniger Mehrgenerationenhaushalten und bringe auch für die Kommunen entsprechende Anforderungen mit sich. Ronald Hande betonte, dass diese Entwicklung „nun mal nicht aufzuhalten, aber aktiv zu begleiten ist. Wie im Demografiebericht dargelegt, muss eine solche Reaktion ressortübergreifend sein und darf auch vor Verwaltungs- und Gebietsstrukturen nicht haltmachen. Mit dem Leitbild ‚Zukunftsfähiges Thüringen‘ wurde 2015 nicht nur ein erstrebenswertes Ziel, sondern eine dringende Notwendigkeit formuliert und letztes Jahr im Vor-

schaftsgesetz verankert.“ Rot-Rot-Grün kommentiere diese Entwicklung nicht nur, wie das in der Vergangenheit zu beobachten gewesen sei, sondern durch Anpassung der Verwaltungs- und Gebietsstrukturen begleite die Koalition sie auch aktiv.

Es gelte, die Strukturen den Lebenswirklichkeiten der Menschen anzupassen. Im Kern bedeutet dies, „wie es im Landesentwicklungsprogramm 2025 definiert ist, dass die Zentralen Orte gestärkt werden müssen. Das heißt



aber nicht nur einfache Eingemeindung, die zentralen Orte müssen als Impulsgeber und als Zugpferd ihrer Region verstanden und entwickelt werden. Denn es ist keine Neuigkeit, wir befinden uns im Wettstreit der Regionen und einzelne Städte spielen da nicht mehr die alleinige Rolle. Dessen sollten sich natürlich auch die Akteure in den Zentralen Orten und den Gemeinden gleichermaßen bewusst sein“, sagte der LINKE-Politiker und forderte auf: „Statt Kirchturmdenken ist ein Denken in zukunftsfähigen Funktionsräumen wesentlich zielfüh-

render. Ein Wettbewerb der Regionen stellt alle Beteiligten vor große Aufgaben. Um die zu stemmen, ist ein größerer Gestaltungsspielraum notwendig, was wiederum auch größere Kommunen voraussetzt.“

Mit Blick auf die Finanzkraft des Landes Thüringen sagte Ronald Hande: „Immer weniger Mittel für immer weniger Menschen, aber in gleicher Fläche. Gleichwertige Lebensbedingungen vorzuhalten, heißt eben auch, gleichwertige Verwaltungsstrukturen vorzuhalten. Die Menschen in ganz Thüringen haben einen Anspruch und ein Recht auf funktionsfähige und vor allem rechtssichere Verwaltung. Das zu bewerkstelligen, bedeutet für die Verwaltung ein erhebliches Risiko, vor allem auf personeller Ebene, und das nicht erst im Jahr 2035, sondern heute schon.“

34 Prozent der Thüringer werden über 65 Jahre alt sein

Allerdings werde es bis zum Jahr 2035 in Thüringen 25 Prozent weniger Personen im erwerbsfähigen Alter geben. 34 Prozent der Thüringer werden über 65 Jahre sein. Und der Abgeordnete weiter: „Unter diesen Bedingungen werden die kommunalen Verwaltungen auf dem Arbeitsmarkt mit allen anderen Arbeitgebern um Mitarbeiter konkurrieren müssen. Derzeit gibt es bei den Kommunen in Thüringen etwa 15,5 Beschäftigte pro 1.000 Einwohner. Sie können sich selbst ausrechnen, wie groß der Bedarf an Personal auf lange Frist sein wird. Diese Konkurrenz entscheidet sich jedoch nicht alleine in der Höhe des Gehalts, sondern auch in der Attraktivität als Arbeitgeber, aber eben auch der Attraktivität einer ganzen Region als Lebens- und als Arbeitsort, womit sich der Kreis an dieser Stelle wieder schließt.“ ■

Bürgermeister unterstützen Reform

Mit einem „Aufruf der Bürgermeister zur Schaffung leistungsstarker und zukunftssicherer kommunaler Strukturen“ haben sich jetzt 22 Amtsträger zu Wort gemeldet, welche ausdrücklich die von der Landesregierung und der rot-rot-grünen Koalition auf den Weg gebrachte Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform öffentlich unterstützen und eine zügige Umsetzung fordern.

In dem Aufruf heißt es wörtlich: „Wir unterstützen die Landesregierung in ihrem Bestreben, eine zügige Umsetzung des seit langem diskutierten Prozesses einer Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform herbeizuführen. Zügiges und konsequentes Handeln sind das Gebot der Stunde. Wir begrüßen die Feststellung der Regierung und der Koalitionsfraktionen, dass nach Ablehnung von Verhandlungen durch den Verein Selbstverwaltung für Thüringen e.V. das vom Landtag beschlossene Vorschaltgesetz zur Gebietsreform weiterhin die Grundlage der laufenden Freiwilligkeitsphase bleibt.“

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister benötigen diese Klarheit, damit die Freiwilligkeitsphase bestmöglich für anstehende Fusionsbestrebungen genutzt werden kann.

Wir rufen alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Gemeindevertreter dazu auf, die Phase der Freiwilligkeit bis zum 31. Oktober 2017 konstruktiv zu nutzen. Wir beteiligen uns ebenfalls aktiv an diesem Prozess.“ ■

DAS THEMA

„Anliegen, die wir mit in den Landtag nehmen“

Um einen besseren Eindruck über lokale Gegebenheiten der Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen zu bekommen, habe ich es mir zusammen mit unserem wissenschaftlichen Mitarbeiter für Bildung, Jugend und Sport der Landtagsfraktion, Dr. Steffen Kachel, zur Aufgabe gemacht, regelmäßig eine Jugendtour zu veranstalten. Wir bereisen unterschiedliche Landkreise und kreisfreie Städte, besuchen verschiedene Träger und Einrichtungen und sprechen mit Kindern und Jugendlichen vor Ort, um so ein möglichst umfassendes Bild der Lebenslagen junger Menschen in Thüringen zu erhalten.

Diesmal besuchten wir Sömmerda, Erfurt, den Unstrut-Hainich-Kreis, Saalfeld und Jena. Auch wenn sich diese Orte hinsichtlich ihrer Struktur und Bevölkerung teilweise stark unterscheiden, so gab es doch auch immer wieder gleiche Problemlagen, die uns geschildert wurden.

Eine große Unsicherheit stellt zum Beispiel die Verwaltungsvorschrift für Wandertage und Klassenfahrten dar,

Auf Jugendtour vom Unstrut-Hainich-Kreis bis nach Saalfeld/von MdL Kati Engel

Gesprächen mit Jugendämtern bzw. Jugendfachdiensten wurde uns berichtet, wie wichtig die Förderung durch das Land dabei sei, denn ohne diese wäre es nicht möglich, das Angebot in seiner jetzigen Form aufrecht zu erhalten.

Allerdings bedarf es nach den Fachmeinungen an allen Schulen mindestens eines Schulsozialarbeiters, wobei die Grundschulen eingeschlossen sind. Denn Schulsozialarbeit leistet auch eine wichtige, frühzeitige Präventionsarbeit, die Hortangebote in dieser Art und Weise nicht zu ersetzen vermögen. Diese Forderung werden wir natürlich mit in die jetzt kommenden Haushaltsverhandlungen einbringen und versuchen, in diesem Bereich eine Erhöhung des Haushaltstitels zu erwirken.

Egal ob Angestellte, Einrichtungsleitung, öffentlicher oder freier Träger, ein Problem nannten sie uns alle: Stel-

te wünschen oder sich gar eine landesweite Vertretung aller Kinder- und Jugendparlamente vorstellen könnten, so wie die Landesschülervertretung bereits alle Schulsprecher auf Landesebene vertritt. Außerdem erzählten sie uns, dass es für Kinder- und Jugendparlamente dringend gesetzlich verankerter Rechte bedarf, da die Etablierung dieser Gremien aber auch deren Arbeit sehr stark vom Wohlwollen der jeweiligen Kommunalpolitiker abhängig sind. Den Kindern und Jugendlichen fällt es teilweise sehr schwer, ohne gesetzlich verbrieft Rechte Gehör bei den Erwachsenen zu finden.

Diese Anliegen nehmen wir gern und gleich in unsere aktuelle Arbeit im Thüringer Landtag mit. Zurzeit behandelt der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport sowohl einen Antrag der CDU als auch einen Antrag der Koalitionsfraktionen, welche sich beide mit eigenständiger Jugendpolitik befassen. Dies



Foto oben: Im Garten des Jugendprojekts BOJE in Mühlhausen.

Foto links: Kati Engel im Gespräch mit Mitgliedern des Kinder- und Jugendausschusses von Saalfeld. Neben ihr Hubert Krawczyk (LINKE), stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt.



die letztes Jahr in Kraft getreten ist. Allerdings liegt dies gar nicht an der neuen Verwaltungsvorschrift selbst. Diese wurde ja erlassen, um die Sachlage klarer und einfacher zu strukturieren. Wir haben bemerkt, dass die Unsicherheiten und Missverständnisse durch die (willentliche?) Falschauslegung mancher Schuldirektoren erst entstehen.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat aus diesem Grund im März noch einmal die wichtigsten Fragen bezüglich Klassenfahrten und Wandertagen zusammengefasst und auf seiner Internetseite veröffentlicht (www.thueringen.de/mam/th2/tmbwk/bildung/schulwesen/rechtsgrundlagen/vorschriften/2017-03-23_faq_wandertage_klassenfahrten.pdf). Immer wieder hörten wir außerdem, welchen bedeutenden Beitrag für die Kinder- und Jugendhilfe die schulbezogene Jugendsozialarbeit leistet. In

den bleiben unbesetzt, weil es keine geeigneten Bewerber gibt. Schuld ist aber unserer Meinung nach die geringe Attraktivität der ausgeschriebenen Stellen: Befristungen, Teilzeit, schlechte Bezahlung, unregelmäßige Arbeitszeiten, ländlicher Raum. Wer will schon solch einen Arbeitsplatz?

Dass es auch anders geht, zeigte uns das Jugendamt des Landkreises Sömmerda: Hier werden alle Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter unbefristet eingestellt. Man hat erkannt, dass es wichtiger ist, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, um genügend Fachkräfte zu gewinnen, als der Landesregierung zu unterstellen, die Richtlinie für die schulbezogene Jugendsozialarbeit nicht fortschreiben zu wollen.

Alle Kinder und Jugendlichen aus Kinder- und Jugendparlamenten, mit denen wir ins Gespräch kamen, berichteten uns, dass sie sich eine landesweite Vernetzung der Jugendparlamenten

ist ein Politikansatz, der die Bedürfnisse von Jugendlichen in den Fokus der politischen Debatten rücken will. Dabei soll die Jugendphase als Ganzes in den Blick genommen werden. Die Gestaltung von Lebenslagen Jugendlicher wird als politische Gesamtaufgabe verstanden, die sich durch alle Ressorts und Verwaltungsebenen ziehen muss und alle Beteiligten an einen Tisch holt. Es soll also nicht mehr nur „über“, sondern endlich auch „mit“ Jugendlichen geredet werden.

Die Stärkung und die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit sowie der Jugendsozialarbeit sind dabei zentrales Element einer eigenständigen Jugendpolitik, ebenso wie die Verstärkung und Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Das Ziel der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen ist es, nicht Schaufensterpolitik zu betreiben, son-

dern verbindlich Grundlagen zu schaffen. Dies schließt natürlich auch eine gesetzliche Verankerung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ein.

Unser Fazit der diesjährigen Jugendtour: Die rot-rot-grüne Landesregierung hat schon einiges geliefert, wie die Absenkung des Wahlalters in den Kommunen auf 16 Jahre, die Erhöhung der sogenannten Jugendpauschale für die örtliche Jugendförderung oder das neue Sportfördergesetz, welches Vereinen die kostenfreie Nutzung von Sportstätten ermöglicht. All das sind wichtige Voraussetzungen für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Und Teilhabe aller ist die Grundvoraussetzung einer jeden demokratischen Gesellschaft.

Nichtsdestotrotz gibt es noch einiges, das es anzupacken gilt, um die Arbeitsbedingungen und die Wirksamkeit der Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen weiter zu verbessern. Viele Akteure in diesem Bereich hoffen und vertrauen der rot-rot-grünen Landesregierung und den Koalitionsfraktionen, hier weiterhin wirksam zu sein. ■



QR-Code zur Seite des Ministeriums zu den Vorschriften für Wandertage und Klassenfahrten.

Was mit Engagement alles zu erreichen ist

Im Wahnkreis vor Ort: Ute Lukasch an der Wieratalschule in Langenleuba-Niederhain

Im Kalender der Landtagsabgeordneten Ute Lukasch stand kürzlich ein Besuch der Wieratalschule in Langenleuba-Niederhain (Landkreis Altenburger Land).

Wir wurden herzlich von zwei Schülersprechern und der Sozialarbeiterin Susanne Reiche empfangen und bei einem Rundgang über zahlreiche Aktivi-

ten reich aus. Parallel zum Unterricht sind Schüler handwerklich tätig und stellen ihre Produkte allen zur Verfügung, so zum Beispiel bemalte Stühle, ein selbst gefertigtes Sofa oder einen Spielteisch. Andere Schüler kümmern sich sehr engagiert um zahlreiche Kleintiere, die in Terrarien und Aquarien in den Fluren der Schule beobachtet werden können. Zwei Redakteure der Schü-

lerzeitung berichteten die jetzigen Zehntklässler. Die Landtagsabgeordnete übergab im Anschluss einen Spendenscheck des Abgeordnetenvereins Alternative 54 e.V. zur Unterstützung der Fahrt nach Auschwitz in den Osterferien. Spontan erhielt sie eine Einladung zur nächsten Fahrt 2018 und erteilte auch gern eine Zusage. Die Arbeit in dieser Schule ist ein Beispiel dafür,



täten der Schüler informiert. Sehr beeindruckt hat die Abgeordnete der Linksfraktion, wie die Jugendlichen lernen, ohne Gewalt Konflikte zu lösen. Einige Schüler lassen sich dazu als Streitschlichter ausbilden und üben diese Tätigkeit auch sehr oft erfolg-

reicherweise. Ute Lukasch stellte sich zum Interview. Sie musste zu aktuellen politischen Fragen und zu ihrer Arbeit im Landtag Rede und Antwort stehen.

Die Schüler der Klasse 9 erwarteten uns zu einem Bildervortrag über die letzte Fahrt nach Auschwitz. Sehr emo-

tionell war man mit Engagement alles erreichen kann. Weiter so für alle Schülerinnen und Schüler und natürlich auch die Lehrerinnen und Lehrer.

Jana Lorber, Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro von Ute Lukasch in Schmölln

Landesweiter Verkehrsverbund erleichterte auch Azubi-Ticket

Seit Jahren bemüht sich Thüringen, einen landesweiten Verkehrsverbund auf den Weg zu bringen. Erst kürzlich wurde dazu eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, an der sich allerdings sechs Landkreise des Freistaates nicht beteiligten. „Wenn jetzt der Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) mit Beginn des Schuljahres 2017/18 einen Baustein für zusätzliche Mobilität von Schülern und Auszubildenden (Azubi) anbietet, werden die Nordkreise und Greiz sich natürlich fragen lassen müssen, warum sie erst gar nicht auf das Angebot des VMT zur Diskussion von Beitrittsmöglichkeiten reagiert haben“, gab Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu bedenken.

Die in ihrem Einzugsbereich wohnenden Schüler und Auszubildenden können jetzt den günstigen Regionalbaustein des VMT nicht nutzen. Denn durch einen günstigen Aufpreis von rund 9,80 Euro auf ihre Abo-Zeitkarte können schon ab September 2017 Jugendliche Bus und Bahn im Einzugsbereich des Verkehrsverbundes fahren, die Erweiterung auf das gesamte Bahnnetz wird vorbereitet.

„Damit und mit weiteren Schritten soll den Jugendlichen in Thüringen die Nutzung des Nahverkehrs landesweit und kostengünstig ermöglicht werden, im Landeshaushalt werden Mittel dazu bereitgestellt“, sagte die Jenaer Landtagsabgeordnete.

Hessisches Beispiel: Landesweites Schülerticket für Schul- und Freizeitverkehr

Ein landesweites Azubi-Ticket kann sowohl zu mehr potentiellen Nutzern des öffentlichen Personennahverkehrs führen, aber auch ein Anstoß für weitere landesweite Ticketangebote sein, z.B. für ein Thüringer Jobticket. „Dazu ist aber eine aktive Zusammenarbeit aller Landkreise, Kommunen und Unternehmen notwendig.“

Gudrun Lukin weiter: „Denn eins ist klar, durch einen thüringenweiten Verkehrsverbund wäre schon die Einführung eines Landes-Azubi-Tickets wesentlich schneller möglich gewesen. Das zeigt anschaulich das Beispiel des landesweiten Schülertickets von Hessen für Schul- und Freizeitverkehr. Seine Einführung wird ab dem Schuljahr 2017/18 durch die Vereinbarung des Landes mit seinen drei Verkehrsverbänden möglich. Und zwar ohne, dass

den Kommunen, den Schulträgern und Verkehrsunternehmen zusätzliche Kosten entstehen.“

Der Aufwandsausgleich wird in Hessen durch Landesmittel abgesichert. Erreicht werden soll ein relativ günstiges Angebot für ganz Hessen und in angrenzende Gebiete, einfach und bequem als e-Ticket auf einer Chipkarte erhältlich. Hier kann sich Thüringen einiges abschauen.“

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

„Das ist schäbig“

Es rauschte im Thüringer Blätterwald: „Der Kampf um die Macht im Landtag“ und „Das ist nicht nur fahrlässig: Das ist schäbig“, hieß es in der Thüringer Allgemeinen.

Was ist geschehen? Die Koalitionsfraktionen im Landtag werden dafür gescholten, dass sie die „Carius-Kommission“ kritisieren. Das ist jene Kommission, die Landtagspräsident Christian Carius (CDU) eingesetzt hat, um die Manipulationsvorwürfe der Regierungskoalitionen gegen Landtagsdirektorin Birgit Eberbach-Born zu klären.

Dabei geht es um die Frage, ob die Direktorin die Neutralitätspflicht der Landtagsverwaltung verletzt hat, als sie aus einem Gutachten für das Verfassungsgericht etwa ein Drittel wieder herausgestrichen hatte. Der LINKE Abgeordnete Steffen Dittes, so lautet der Vorwurf, habe die Kommission diskreditiert. Wie das?

Einer der drei Kommissionsmitglieder ist der frühere SPD-Innenminister Richard Dewes. Wogegen ja nichts einzuwenden wäre, wenn dieser nicht zufällig oder ausgerechnet jener Anwalt ist, der die Gebietsreform-Klage der Stadt Weimar vor dem Landesverfassungsgericht vertritt.

Zufällig oder ausgerechnet geht es aber bei dem offenbar manipulativ gekürzten Gutachten um die gleiche Materie, nur auf der anderen Seite der Anklagebank: die Stellungnahme des Innenausschusses zur Klage der CDU-Fraktion gegen den Landtag, ebenfalls im Zusammenhang mit der anstehenden Thüringer Gebietsreform.

Es ist also weder eine Petitesse, noch Anmaßung, noch schäbig, wenn hier einigens zur Klärung ansteht und Steffen Dittes lediglich darauf hinweist, dass mit der Berufung von Dewes in die Kommission sozusagen der Bock zum Gärtner gemacht wird. Nein, so hat er es nicht gesagt, er hat lediglich von Befangenheit gesprochen. Was ist daran schäbig?

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE, Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.